

QUER

Das politische Magazin der Sozialistischen Jugend Linz

Zahnlose Sheriffs

„Parallel-Polizei“ ohne Kompetenzen. Warum die neue Linzer „Stadtwa- che“ sinnlos ist.

Mehr auf Seite 03.

Interviews

Christian Schörkhuber, Flüchtlings- betreuer der Volkshilfe OÖ und Mümtaz Karakurt von „migrare“ über die heimische Asylpolitik.

Mehr auf den Seiten 05 und 07.

Gegengift

Wie Schülerinnen aus der HBLW Land- wiedstraße selbst Initiative ergriffen und ein Zeitungsprojekt starteten.

Mehr auf Seite 09.

Der Mann fürs Grobe

Eine nicht ganz ernst gemeinte Ge- schichte über das spannende Leben von Neo-Sicherheitsstadtrat Detlef W.

Mehr auf Seite 10.

„Wir leben in einem Land, wo wie in keinem anderen mitteleuropäischen Land, katholisch, so viele Frauen und Kinder verprügelt werden und diese Gfraster schauen alle zu.“

„Wir leben in einem Land, wo Flüchtlinge wie Tiere behan- delt werden und wieder ausgesiedelt werden. Das ist alles dieses coole, wunderbare Österreich.“

Alfons Haider, Entertainer

Grenzen aufbrechen!

ulantIn:
QUER

Schauferl und Küberl

Ganz zufrieden scheinen die Linzer FPÖ und auch die ÖVP nicht zu sein mit dem derzeitigen Stand rund um die so genannte „Stadtwa- che“ in Linz. Zum Glück. Die jüngsten Diskussionen im dafür geschaffenen Sicherheitsaus- schuss des Linzer Gemeinderates deuten jedenfalls darauf hin.

Zwischen den Forderungen, die ins- besondere im Wahlkampf von jenen Parteien postuliert wurden und jenen Rahmenbedingungen, in denen sich eine „Stadtwa- che“ auf derzeitiger ge- setzlicher Grundlage bewegen kann, klafft ein großes Loch. Wobei auch diese Bezeichnung mittlerweile strittig ist. „Es geht vielmehr um einen Ordnungsdienst, der Beschwerden der Bürgerin-

nen und Bürger entgegen nimmt und vor allem zur Sauberkeit in der Stadt beiträgt. Wir dürfen also keine falsche Erwartungshaltung der Linzerinnen und Linzer erwecken“, so Gemein- derat und Jurist Franz Leidenmühler (SPÖ). Der derzeitige städtische Ord- nungsdienst hat nämlich weder eine Befugnis zur Identitätsfeststellung noch zur Anhaltung von Personen. Ihre Kompetenzen sind vielmehr: Präsenz in der Öffentlichkeit, Hilfeleistung im Notfall, Kampf gegen Müllablagerung, Überwachung der Hunde-Verordnun- gen, Kontrolle der Sperrstunde und der Ausgehzeiten nach dem Jugend- schutzgesetz, Überwachung der Stra- ßenmusiker-Szene sowie der Bettelei und Überwachung der öffentlichen Anlagen... Moment, gibt es dafür nicht schon zuständige Behörden und Orga-

ne? Die der Bundespolizei beispielswei- se. Oder die Verwaltungsbehörden (z.B. Bezirkshauptmannschaft) selbst. Wozu also einen teuren Ordnungsdienst, der keinerlei Kompetenzen aufweist?

Außer Spesen nix gewesen...

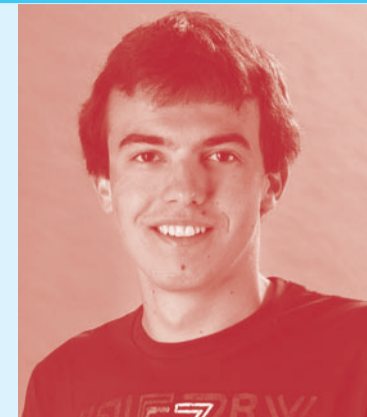
Zuständig für die öffentliche Ordnung ist in Österreich der Wachkörper na- mens „Bundespolizei“, dem klar gesetz- lich Befugnisse zugewiesen sind, die er zu erfüllen hat. Dass in anderen Bun- desländern oder Städten (beispielswei- se) Graz eine derartige Parallel-Polizei auch mehr „darf“, liegt schlicht daran, dass landesgesetzliche Vorschriften die Überwachung und Vollziehung bestimmter Verwaltungsvorschriften schlichtweg neben der Polizei auch der- artigen Ordnungsdiensten gestatten.

Dass ohne Gesetzesänderung durch den oö. Landtag wenig geht, wussten FPÖ und ÖVP schon immer. Gesagt ha- ben sie es freilich nicht, sonst wäre ihre Forderung nach einer „Stadtwa- che“ von Anfang an nicht mehr gewesen als ein Luftschloss. Eines steht fest: Der neue Linzer Ordnungsdienst wird nur mit einem glänzen: nämlich mit hohen Kosten, die für soziale Sicherheit weit- aus sinnvoller investiert wären. Statt Pfefferspray und Schlagstock – von denen der weit rechtsaußen stehen- den Sicherheitstadtrat Detlef Wimmer (FPÖ) gern fantasiert – wird bloß eines übrig bleiben: Schaufel und Kübel als Basisausstattung – und zwar zum Auf- lesen des Hundekots.

Interessiert? Bewerbungen bitte an detlef.wimmer@mag.linz.at ;-)

Wider dem Sozialneid!

Die jüngst von Finanzminister und ÖVP-Chef Josef Pröll ausgelöste Debatte um das so genannte „Transferkonto“ zeigt eindringlich, wohin die Reise nach konservativer Logik gehen soll.



Stefan Etzelstorfer
Vorsitzender der SJ-Linz

Als ÖVP-Finanzminister Josef Pröll anlässlich seiner groß inszenierten Rede Mitte Oktober 2009 die Schaffung eines fiktiven persönlichen „Kontos“ anregte, um alle staatlichen Sozialtransfers an Privatpersonen zu dokumentieren und offen zu legen, löste er damit eine bis heute andauernde innenpolitischen Diskussion aus. Plötzlich wurde wieder über Verteilungsgerechtigkeit öffentlich diskutiert, ohne freilich immer dasselbe zu meinen. Denn weder beabsichtigte der Finanzminister damit, eine Umverteilungsdiskussion anzuregen noch die De-facto-Steuerfreiheit von Vermögen in Österreich aufzuzeigen. Vielmehr drehte sich alles um mehr „Transparenz“ und „Leistungsgerechtigkeit“. Transparenz ist eine gute Sache, wenn wirklich alles offen gelegt wird, was nach ÖVP-Logik aber bezweifelt werden darf.

Pröll meint natürlich weder öffentliche Förderungen für die Landwirtschaft, die praktisch zu 100 % am Staatssäckel hängen, noch Subventionen für Selbstständige oder Unternehmen. Selbst der WIFO-Ökonom Alois Guger ortete im Zuge einer parlamentarischen Enquête zum Thema „Ver-

teilungsgerechtigkeit“ wenig Transparenz bei Vermögen und Stiftungen. Und wieviel Geld in welcher Privatstiftung parkt, weiß wohl niemand. Selbiges gilt für „Leistungsgerechtigkeit“: Gegen eine stärkere Heranziehung von „leistungslosen“ Einkommen aus Vermögen und Kapital zur Deckung der Staatseinnahmen spricht wenig. Aber das meint die ÖVP natürlich nicht, sondern vielmehr eine noch größere Entlastung der Reichen und Wohlhabenden (die viel zitierten „Leistungsträger“), beispielsweise mittels Senkung des Spitzensteuersatzes.

Wenn ÖVP (und die Rechtsparteien FPÖ und BZÖ) damit argumentieren, ein derartiges Transferkonto würde Missbrauch vorbeugen sowie Mehrfachtransfers – etwa von Bund und Land – verhindern, ist längst klar, wohin die Reise gehen soll. Zuerst Offenlegung der Sozialtransfers und danach fleißig bei der breiten Bevölkerung sparen und kürzen. Oder hat gar jemand bereits die Jahre der schwarz-blauen Regierung unter Bundeskanzler Schüssel vergessen? Transparenz und Gerechtigkeit ja, aber dann bitte für alle!

Sozialdemokröte des Monats

Werner Faymann



„Was ist bloß mit Faymann los?“ titelte vor einigen Wochen das Wochenmagazin profil auf seinem Cover. Berechtigte Frage. Der Chef der österreichischen Bundesregierung war in den letzten Wochen vor allem durch seine Nicht-Präsenz aufgefallen. Wäre da nicht seine „Rede zur Lage der Nation“ Anfang Dezember gewesen, die ihn kurzfristig wieder ins mediale Rampenlicht stellte – man könnte meinen, Faymann ist freiwillig auf Tauchstation. Er überließ in fast allen wichtigen Fragen seinem Vize Josef Pröll die erste Reihe, was dieser weidlich ausnützte. „Schattenkanzler“ Pröll ließ keine Gelegenheit aus, sich als wahrer Regierungschef zu brüsten. Ob Einigung in den Gehaltsverhandlungen mit der bockigen Beamt_innengewerkschaft und deren Steinzeit-Chef Fritz Neugebauer oder die Verhandlungen mit der Bayern-LB zur Notverstaatlichung der Kärntner Pleitebank Hypo „Alptraum“ Adria – stets war Josef Pröll zur Stelle, wenn es darum ging, sprichwörtlich die heißen Kartoffeln aus dem Feuer der Republik zu holen. Werner Faymann blieb dabei immer nur die Rolle des ewig lächelnden Zusehers in der zweiten Reihe, ohne dabei zu bemerken, wie er sich selbst Stück für Stück öffentlich demontierte.

Dabei gäbe es genug Baustellen, die ein „Sozialdemokrat“ Faymann zu reparieren hätte: Ob die Diskussion über die künftige Finanzierung des (Sozial-)Staates oder die unsägliche Debatte ums Transferkonto. Der Kanzler beließ es stets bei der Rolle des passiven Reagierens, anstelle selbst aktiv Vorschläge zu machen und die politischen Debatte als Regierungschef maßgeblich mitzubestimmen. Ein Trauerspiel sondergleichen, die der österreichweit durch zahlreiche Wahlen schwächelnden Sozialdemokratie nachhaltig schaden.

„Sich beim Begräbnis durch die Gegend lächeln, kommt nicht gut an“, richtete der steirischen Landtagspräsident Kurt Flecker bereits seinem Parteichef aus. Faymann müsse als Steuermann das Ruder herumreißen: „Wenn man die Wand nicht sieht, gehört der Führerschein entzogen“, zeigte der Steirer eindringlich auf, was er vom derzeitigen Kurs der Bundes-SPÖ hält. Und er hat leider recht.

Vergessene Länder

Principat d'Andorra

Amtssprache	Katalanisch
Hauptstadt	Andorra la Vella
Staatsform	Konstitutionelle Monarchie
Staatsoberhaupt	Kofürst Bischof Joan Enric Vives i Sicília und Kofürst Nicolas Sarkozy
Regierungschef	Regierungshaupt Jaume Bartumeu Cassany
Fläche	468 km
Einwohnerzahl	83.888 (2009)
Bevölkerungsdichte	178 Einwohner pro km
BIP nominal (2007)	3,5 Mrd. US\$ (148.)
BIP/Einwohner	42.514 US\$ (18.)
BIP/Einwohner	440 US\$ (159.)
Nationalfeiertag	28. November

Nächste Station, neues Land. Andorra ist klein und vielseitig. Höchste durchschnittliche Lebenserwartung der Welt, sowie das völlige Fehlen von Einkommenssteuer, Erbschaftsteuer und Kapitalsteuern. Dies sind nur zwei Anekdoten.

Eingebettet zwischen Frankreich und Spanien im Hochland der Pyrenäen, wird Andorra oft übersehen. Zu Unrecht: Neben den landschaftlichen Reizen ist die erschreckend niedrige Mehrwertsteuer von 4 % besonders für Touristinnen und Touristen anziehend. Auch aus politischer Sicht ist das kleine Gebirgsland einen genaueren Blick wert. Es ist das einzige Land der Welt, bei dem gleich zwei ausländische Amtsträger die Funktion des Staatsoberhauptes wahrnehmen, u.a. auch der französische Präsident.

Das Bildungssystem in Andorra ist vielschichtig. Es umfasst ein andorranisches System, ein spanisches System, ein französisches System und ein privates englisches System („Eliaus“). Es besteht auch ein konfessionelles System, das weder finanziell noch institutionell vom spanischen abhängt (die Finanzierung obliegt dem andorranischen Staat), aber demselben Ausbildungsprogramm folgt. Die Schulbesuchsquote in Andorra beträgt 100 %, da der Schulbesuch im andorranischen, spanischen und französischen System kostenfrei ist und eine Schulpflicht bis zum 16. Lebensjahr herrscht. Auf Grund des Fehlens wichtiger Steuern, herrschen besonders für so genannte „Briefkastenfirmen“ geradezu paradiesische Zustände und haben dem Land den Ruf als Steueroase eingebracht.

Zahnlose Hilfssheriffs für Linz

Graz hat schon eine, in Wien wird darüber diskutiert und Linz bekommt ab kommenden Herbst eine: eine eigene Stadtwache. Mehr Personal für die städtische Sicherheit ist bestimmt nicht übel. Ob allerdings ein Haufen zahnloser Hilfssheriffs viel zur Steigerung des Sicherheitsgefühls beitragen wird, sei dahingestellt.



Ab September 2010 ist es soweit: Linz erhält eine eigene Stadtwache. Sicherheit in Linz ist bestimmt ein wichtiges Thema. Allerdings ist der Handlungsspielraum einer Stadtwache im Vergleich zu dem der Polizei äußerst gering. Abgesehen davon muss man vorweg feststellen, dass Linz keine Hochburg krimineller Machenschaften ist, sondern im Grunde ein recht beschauliches und ruhige Städtchen.

Wenn die Stadtwache die Polizei ruft...

Die Kompetenzverteilung zwischen Polizei und Stadtwache ist bis dato noch nicht genau geregelt, vor allem weil auch die eigentlichen Aufgabengebiete des neuen Ordnungsdienstes bis dato noch nicht exakt festgelegt sind. Allerdings wird gemunkelt, dass bei den Aufgaben unter anderem die Entfernung von Hundekot oder das Verhindern „illegaler Schmierereien“ dabei sein sollen. Wahrlich große Schandtaten, durch deren Verhinderung Linz gleich ein ganzes Stück sicherer wird. Bei derlei Aufgabengebiete wäre die Frage nach einer personellen Aufstockung des Tiefbauamtes (für die Stadtreinigung zuständig, Anm. d. Red.) wohl auch nicht ganz unsinnig.

Vorab dürfte auch schon feststehen, dass die Stadtwache auf der einen Seite bei einer Straftat niemanden (ohne Polizei) festnehmen darf und auch das Ausmaß möglicher Strafen bewegt sich eher im Bereich der Möglichkeiten von Parksheriffs als dem der Polizei. Summa summarum gilt also: Stellt die Stadtwache ein Delikt oder eine „Ordnungswidrigkeit“ fest, so

wird sie wohl oder übel die Polizei – deren eigentliche Aufgabe ja schon die Sicherheit der Bevölkerung ist – zu Hilfe rufen müssen.

Außer Spesen nix gewesen

Für das Sicherheitsgefühl der Linzer Bevölkerung wäre eine Aufstockung des knapp bemessenen Polizeipersonals oder die (Wieder-) Öffnung eines eigenen Polizeipostens für jeden Stadtteil bestimmt die beste Lösung. Denn die 18 (in „Ausbaustufe 2“ dreißig) Personen umfassende Stadtwache wird kaum an sieben Tagen in der Woche rund um die Uhr in ganz Linz für mehr Sicherheit sorgen können. Die Kosten von immerhin 1,8 Millionen Euro für 2010 sind im Vergleich zum tatsächlichen Nutzen doch eine beträchtlich hohe Summe. Könnte man doch stattdessen den einen oder die andere Sozialarbeiterin bzw. Sozialarbeiter mehr anstellen sowie das Angebot für Jugendliche verbessern.

Eigentlich sollte es nicht die Aufgabe einer Kommune wie Linz sein, Budgetmittel für einen eigenen Wachkörper auszugeben. Vielmehr ist die Bundesregierung und allen voran Innenministerin Maria Fekter (ÖVP) am Zug, der Polizei mehr Mittel zur Verfügung zu stellen. Allerdings ist fraglich, ob eine gewisse Polit-Riege nicht generell gerne die Sicherheitsagenden an die Gemeinden abgeben möchte – immerhin gibt es in Graz bereits seit geraumer Zeit eine Stadtwache und das bestimmt auch nicht deshalb, weil zuviel Polizei vorhanden war.



Die Planung für die Stadtwache laufen nicht-destotrotz schon auf Hochtouren. Die eigentlichen Dienstposten für die Stadtwache sind zwar noch gar nicht ausgeschrieben, allerdings ist die Bewerbung – wie kürzlich bekannt wurde – schon möglich. Die geplante Ausbildung wird zweiteilig sein. Zum einen wird von der Stadt Linz eine verwaltungsrechtliche Schulung stattfinden. Zum anderen wird in Kooperation mit der Polizei eine Ausbildung zum Thema „Gewaltprävention“ zu absolvieren sein. Letzteres ist wohl der eigentlich einzige wirklich sinnvolle Teil der Vorbereitung und sollte unter Umständen auch von so manchen MitarbeiterInnen der Polizei in Anspruch genommen werden. (Man erinnere sich an die Gewaltexzesse der Linzer Polizei am 1. Mai 2009.)

18 OrdnungshüterInnen in Graz

In Graz gibt es eine so genannte „Ordnungswache“ bereits seit 2008. Diese umfasst 18 MitarbeiterInnen und dürfte für das Linzer Modell wohl mitunter als Vorbild dienen. In Graz exekutiert die Ordnungswache vor allem das Alkoholverbot am städtischen Hauptplatz sowie das Fahrradverbot im Stadtpark. Außerdem gibt es für „Schwerdelikte“ wie Taubenfüttern oder Urinieren im Freien direkt eine Verwaltungsstrafe von 30 Euro. Damit hat es sich mit den Möglichkeiten der Ordnungswache, für alles weitere muss die Polizei hinzugezogen werden.

Ein interessantes Detail am Rande: In Graz wird vergeblich nach weiterem Personal für die Ordnungswache gesucht. Selbst auf Annoncen in der „Kleinen Zeitung“ sowie Stellenausschreibungen am Magistrat Graz finden sich keine neuen OrdnungshüterInnen. So wird aktuell überlegt diesen Dienst gleich ganz an ein privates Unternehmen oder einen Security-Dienst auszulagern. Gerade Letzteres ist eigentlich unvorstellbar, denn gerade da ist fraglich, wo das wohl enden mag.

Weh dir, oh junges Linz!

Was das ganze Theater rund um einen eigenen Ordnungsdienst für die Linzer Bevölkerung bedeutet, ist nach wie vor fraglich. Vermutlich wird aber in Zukunft wieder verstärkt auf Plätzen wie der Donaulände etc. nach jugendlichen Unholden Ausschau gehalten. Ob das unter allen Jugendlichen so gut ankommt, sei vorerst einmal dahingestellt. Zieht man einen Vergleich mit Graz – wo die Ordnungswache von ÖVP-Bürgermeister Siegfried Nagl auf 36 Personen verdoppelt werden soll – so lässt der dortige Stadtfest die Stadtwache vor allem in der Nähe der Universität sowie der „Partymeile“ patrouillieren. Wie die 18 Personen umfassende Sicherheitstruppe allerdings Dauerpräsenz an vermeintlich „gefährlichen“ Plätzen zeigen soll ist nach wie vor fraglich, denn auch für sie gilt im Normalfall vermutlich maximal die 40-Stunden-Woche.

„Passierschein A 38, Schalter 1“

Diesen Schein zu erhalten war für Asterix und Obelix im Comic und gleichnamigen Film „Asterix erobert Rom“ noch einfach. Wären sie Asylsuchende in Österreich, wäre die Herausforderung wesentlich schwieriger. Auch, weil sie nicht in ein geschütztes Dorf zurück können.

Die aktuelle österreichische Asyldebatte wird zurzeit von einem einzigen Thema dominiert: den Erstaufnahmezentren. Während Innenministerin Maria Fekter (ÖVP) ein weiteres für notwendig erachtet und darauf beharrt, will Bundeskanzler Werner Faymann (SPÖ) alles noch einmal prüfen und die örtliche Bevölkerung entscheiden lassen. Bleibt die Frage, was in solchen Zentren passiert und ob eine weitere Erstaufnahmestelle (EAST) wirklich notwendig und zielführend ist.

Momentan gibt es drei besagte Stellen in Österreich, die größte davon befindet sich im Traiskirchen (NÖ), eine weitere in Thalham (OÖ) und eine direkt am Flughafen in Schwechat (NÖ). Die EAST besteht aus einer Betreuungsstelle des Bundes, in der AsylwerberInnen untergebracht und versorgt werden. Die Grundversorgung hat das Innenministerium in die privaten Hände von „European Home-care“ ausgelagert. In der EAST ist auch eine Außenstelle des Bundesasylamts angesiedelt, die über die Zulassung des Asylantrags entscheidet. In diesem Zulassungsverfahren wird im Wesentlichen geprüft, ob Österreich oder ein anderer EU-Staat für die Prüfung des Asylantrags zuständig ist. Dies wurde im so genannten „Dubliner Übereinkommen“ durch die EG-Mitgliedsstaaten 1990 festgelegt und trat im Jahre 1997 in Kraft. Auch bei jedem weiteren Asylantrag nach einem bereits abgeschlossenen Asylverfahren wird im Zulassungsverfahren entschieden, ob neu entstandene Fluchtgründe für die Durchführung eines regulären Asylverfahrens sprechen oder der „Folgeantrag“ zurückgewiesen wird.

Verlassen verboten!

AsylwerberInnen dürfen die EAST in den ersten ein bis drei Tagen nicht verlassen. In dieser Zeit muss eine erste Befragung durch die Fremdenpolizei zu den Personalien und zum Fluchtweg erfolgen. Nach dieser „erkennungsdienstlichen Behandlung“ dürfen sie zwar die EAST verlassen, nicht aber den politischen Bezirk, in dem sich die EAST befindet. Diese so genannte „Gebietsbeschränkung“ endet, sobald das Bundesasylamt das Zulassungsverfahren abschließt: entweder dadurch, dass das Verfahren zur inhaltlichen Prüfung in Österreich zugelassen wird oder dem Asylwerber die Entscheidung ausgehändigt wird, dass Österreich das Verfahren nicht durchführt.

In Schubhaft sperren

Zwischen der Einbringung des Asylantrags und der Zulassungsentscheidung werden eine Reihe von Verfahrensschritten durchgeführt,

insbesondere wenn das Verfahren nicht zugelassen wird. Dann werden andere EU-Staaten angefragt, ob sie sich für die Durchführung des Asylantrags zuständig erklären, dem Asylwerber bzw. der Asylwerberin teilt das Bundesasylamt mit, dass es beabsichtigt, den Asylantrag zurückzuweisen, die betroffene Person erhält eine Rechtsberatung und anschließend noch die Gelegenheit, zur geplanten Zurückweisung des Antrags Stellung zu nehmen. AsylwerberInnen können auch Rückkehrberatung in Anspruch nehmen. Auch die Fremdenpolizei entscheidet in diesem Verfahrensstadium, ob AsylwerberInnen in Schubhaft gesperrt werden, um ein befürchtetes Untertauchen zu verhindern. Anstelle der Schubhaft hat die Fremdenpolizei auch weniger restriktive Mittel anzuwenden, wenn die Gefahr des Untertau-chens nicht besteht oder die Haftbedingungen unzumutbar wären. Wird das Verfahren zugelassen, kümmert sich das Innenministerium darum, dass die Flüchtlinge in die Betreuung eines Bundeslandes aufgenommen werden. Das Asylverfahren wird an einer Außenstelle des Bundesasylamtes mit einer ausführlichen Einvernahme zu den Fluchtgründen fortgesetzt.

Überstellung in Landesbetreuung

Gegen die Entscheidung des Bundesasylamtes, den Antrag zurückzuweisen, können AsylwerberInnen binnen sieben Tagen eine Beschwerde an den Asylgerichtshof (AsylGH) richten, so lange darf auch keine Überstellung in den für den als zuständig erklärten EU-Staat durchgeführt werden. Der AsylGH kann der Beschwerde aufschiebende Wirkung zuerkennen, wodurch der weitere Aufenthalt in Österreich geduldet ist. Wird der Beschwerde stattgegeben, ist das Asylverfahren automatisch zugelassen und die AsylwerberInnen erhalten eine vorläufige Aufenthaltsberechtigung. Spätestens zu diesem Zeitpunkt sollten die AsylwerberInnen in die Landesbetreuung überstellt oder sie aus der Schubhaft bzw. dem gelinderen Mittel entlassen werden.

Frage der Verantwortung

Bei Anträgen, die gleich zugelassen und im regulären Verfahren weiter geprüft werden, sollte der Aufenthalt in der EAST nur wenige Tage dauern. Kaum vorhersagbar ist hingegen jener Zeitraum bis zu dem Flüchtlinge entweder in den zuständigen EU-Staat abgeschoben werden oder ihr Verfahren nach erfolgreicher Beschwerde zugelassen wird. Wurde der Asylwerber bzw. die Asylwerberin bereits in einem anderen EU-Staat erkennungsdienstlich behandelt, verkürzt dies die Verhandlungen zwi-

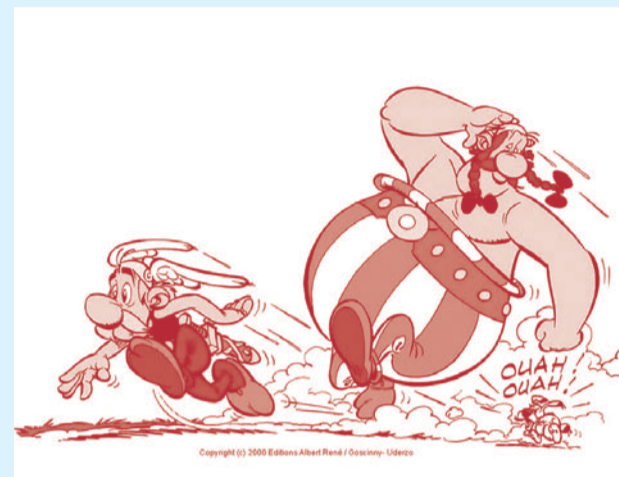
schen Österreich und anderen EU-Staaten erheblich. Stützt sich Österreich hingegen nur auf Angaben des Asylwerbers bzw. der Asylwerberin, über welchen EU-Staat seine bzw. ihre Einreise in den EU-Raum erfolgte, stellen sich Anfragen zur Übernahme letztlich meist als erfolglos heraus. Manche EU-Staaten stimmen binnen weniger Tage einer Anfrage zur Übernahme des Asylwerbers zu (z.B. Polen), andere reagieren nicht und werden erst durch Ablauf der Antwortfrist zuständig (z.B. Griechenland). Auch die Überprüfung der familiären Beziehung zu einem Flüchtling in einem anderen EU-Staat kann sich mitunter aufwendig gestalten. Bis zur endgültigen Entscheidung können mehrere Monate vergehen.

Kritikwürdige Regelungen

Die kritikwürdigsten Regelungen im österreichischen System benennt die „asylkoordinati-on“ wie folgt:

Sicherheitsorgane im Zulassungsverfahren – uniformierte Beamte führen die erste Befragung der AsylwerberInnen durch, das kann für Flüchtlinge retraumatisierend sein. Ausnahme vom Grundsatz, dass alle AsylwerberInnen sich zuerst in der EAST aufhalten müssen: die Fremdenpolizei kann aufgegriffene AsylwerberInnen in die EAST überstellen, muss es aber nicht, sondern kann die asylrechtliche Befragung durchführen und AsylwerberInnen gleich in Schubhaft nehmen. Die Fremdenpolizei macht dabei regelmäßig Prognosen über den Ausgang des Asylverfahrens, für das sie nicht zuständig sind.

AsylwerberInnen sind eingesperrt: bis zur ersten Befragung nach 48, spätestens 72 Stunden. AsylwerberInnen sind ausgesperrt: wer nicht



in der EAST wohnt, kann die für sein Verfahren zuständige Behörde, aber auch die in der EAST tätigen RechtsberaterInnen nicht aufsuchen. Durch die Gebietsbeschränkung riskieren AsylwerberInnen eine Verwaltungsstrafe und die Verhängung der Schubhaft, wenn sie beispielsweise eine unabhängige Rechtsberatung oder einen Anwalt außerhalb des Bezirks der EAST aufsuchen oder Verwandte besuchen. Vom Innenministerium bestellte RechtsberaterInnen im Zulassungsverfahren erfüllen eine Alibi-funktion – sie sollen AsylwerberInnen beraten, wenn eine negative Entscheidung vorgesehen ist, haben aber keinen Auftrag, AsylwerberInnen bei einer Beschwerde gegen diese Entscheidung zu unterstützen. Statt auf Seiten der AsylwerberInnen zu stehen, haben sie ihre Aufgabe unparteiisch auszuführen. Im Zulassungsverfahren wird nicht nur über die Zulassung zum inhaltlichen Verfahren entschieden, sondern jede Form der Entscheidung ist bereits im Zulassungsverfahren möglich, also auch die Ablehnung des Antrags nach einer inhaltlichen Prüfung.

Das Zulassungsverfahren ist nicht klar abgrenzbar: selbst wenn nach einer erfolgreichen Beschwerde an den Asylgerichtshof das Verfahren zugelassen ist, kann das Bundesasylamt einen Asylantrag jederzeit wegen der Unzuständigkeit Österreichs als unzulässig zurückweisen.

Quoten und Zahlen

Jene AsylwerberInnen, die in der „Grundversorgung“ in Österreich sind, werden nach einer bestimmten Quote in den Bundesländern aufgeteilt. Im Dezember des letzten Jahres waren dies insgesamt 21.858 Menschen, davon in:

- Wien 5.790 (+ 37,3 %)
- Oberösterreich 3.783 (+ 1 %)
- Niederösterreich 4.035 (- 4,1 %)
- Vorarlberg 909 (- 4,8 %)
- Steiermark 2.879 (- 10,6 %)
- Burgenland 672 (- 11,0 %)
- Salzburg 1.240 (- 11,6 %)
- Tirol 1.475 (- 19,5 %)
- Kärnten 1.075 (- 29,4 %)

Interview mit Christian Schörkhuber

„Ein Spiel mit Ängsten und Vorurteilen“

Christian Schörkhuber von der Volkshilfe OÖ im QUER-Interview über Asypolitik, „Anwesenheitspflicht“ sowie Kriminalität und warum in Österreich eine sachliche Debatte darüber nicht zu führen ist.

«QUER» Nach der letzten Gesetzesänderung, bei der schon Gebietsbeschränkungen für AsylwerberInnen beschlossen wurden, fordert die Innenministerin nun eine Festhaltung in Asylzentren. Wie beurteilst du diesen Vorschlag?

«Christian Schörkhuber» Eine Frage bei dieser Idee ist die rechtliche, diese ist zu klären. Doch viel wesentlicher muss man die menschliche Frage sehen. Bei Asylsuchenden handelt es sich oft um verfolgte, traumatisierte und gefolterte Menschen. Diese flüchten nach Österreich, in der Hoffnung auf eine demokratisches Land. Dort werden sie dann aber sofort wieder inhaftiert. Dieser Vorschlag ist ganz klar abzulehnen.

«QUER» Die Bundes-SPÖ und die burgenländische SPÖ wollen sich bei dem geplanten Erstaufnahmezentrum in Eberau dem Ergebnis der Volksbefragung anschließen. Ist dieser Zugang zielführend oder handelt es sich dabei nicht bloß um eine Alibiaktion?

«Christian Schörkhuber» Das ist mehr als eine Alibiaktion. Hier handelt es sich um ein Spiel mit Ängsten und Vorurteilen. Prinzipiell ist ein drittes Erstaufnahmezentrum überhaupt nicht notwendig. Das Hinhalten von ein, zwei Monaten bei der Ertsabwicklung ist rechtswidrig, für den gesetzlich vorgesehenen Zeitraum sind die

Erstaufnahmezentren Traiskirchen und Thalham mit über 900 Plätzen ausreichend.

«QUER» Die Asyldebatte in Österreich wird immer noch sehr stark mit Kriminalität verknüpft. Wie kann und soll das geändert werden?

«Christian Schörkhuber» In dem man ganz klar die Fakten auf den Tisch legt. Wenn Innenministerin Fekter von 70.000 Kriminellen spricht, ist das schlicht und einfach falsch. Bei diesen Zahlen werden Touristen und andere Gruppen eingerechnet, es handelt sich außerdem um Anzeigen und keine Verurteilungen. Berücksichtigt man diese Fakten, so kommt man auf unter 10.000 Fälle – und das ist laut der Statistik des Innenministeriums sogar ein Rückgang!

«QUER» Die Asypolitik in Österreich hat sich in den letzten Jahren stark verschärft. Welche Maßnahmen sind deiner Meinung nach trauriger Rekord?

«Christian Schörkhuber» Trauriger Rekord ist ganz klar die Verschärfung bei der Schubhaft. Personen können nun problemlos für zehn Monate in Schubhaft genommen werden. Dabei kann handelt es sich nicht nur um Erwachsene, auch Kinder und Jugendliche sind von der Schubhaft betroffen.



Christian Schörkhuber

Amnesty International-Bericht

AUSTRIA: “Failed to protect the rights of migrants”

Bei folgendem Text handelt es sich um einen Auszug aus dem Bericht von Amnesty International über Österreich im Jahr 2009.

Torture and other ill-treatment

Torture victim Bakary J. had still not received compensation or any form of rehabilitation by the end of the year. He had been beaten and subjected to a mock execution after an aborted deportation on 7 April 2006. In September 2007 the appellate disciplinary authority had reduced the fines originally imposed on the four officers tried for the offences, and they remained on duty. On 18 September 2008, the Administrative Court declared that the decision of the appellate disciplinary authority was unlawful as it did not give due consideration to the “deliberate” and “brutal nature” of the conduct of the officers involved.

Police and security forces

Although in February the Ministry of Justice suspended the use of conducted energy devices (CEDs) in prisons in response to rising concerns about their use, the same month the Interior Ministry announced that, following a probation period, CEDs would be used by police in routine operations. The decree of the Interior Ministry governing use of CEDs classified them as harmless and non-lethal, and did not address the dangers of their disproportionate use.

Chechen asylum-seeker Ruslan A. was detained on 8 July in the local police station of Böheimkirchen with a view to securing his deportation to Poland, together with his wife and child, because he had applied for asylum in Poland prior to his arrival in Austria. He feared that if deported to Poland he would be at risk from members of Russian intelligence agents

active there. He was severely traumatized and threatened to commit suicide unless he could see his psychotherapist. A short time later, masked special police officers shot him with a CED from outside his cell, following which he was taken to hospital. On 28 July, the Asylum Court overruled the decision to deport him and his family to Poland, and ruled that Austria had to consider his asylum request.

Refugees, asylum-seekers and migrants

The authorities continued to exploit loopholes in the law and expelled migrants and asylum-seekers without due consideration of their family ties and private lives.

In October, the Interior Ministry significantly reduced funding for legal advice for asylum-seekers, which is provided only by NGOs.

Justice system

Lawyers representing 10 animal rights activists reported they had been denied access to the case file necessary to effectively challenge the order to defer their clients’ pending trial. The 10 activists had been arrested and detained on 21 May and charged with membership of a criminal organization that aimed to damage property. They remained in detention until 2 September, when they were released to await trial. No progress was made on implementing safeguards against torture and other ill-treatment, as requested by regional and international human rights bodies. The authorities failed to protect the rights of asylum-seekers and migrants.

Weitere Informationen über Österreich aus den Augen von Amnesty International findest du unter: <http://www.amnesty.org/en/region/austria>

Kommentar AKS-Linz

Gesamtschule sagt der Hausverstand



Vanessa Gaigg
Vorsitzende der aks-Linz

Die Diskussion um die Neue Mittelschule geht am eigentlichen, wichtigen Kern der dringend notwendigen Bildungsreform vorbei; nämlich der Erstellung eines Schulsystems, das allen Kindern gleiche Bildung unabhängig vom sozioökonomischen Hintergrund ermöglicht.

In Oberösterreich wurden 55 Anträge verschiedenster Partner_innenschulen auf eine Neue Mittelschule gestellt. 29 davon wurden genehmigt, teilweise mit nicht nachvollziehbaren Argumenten. Die Auswahl von nur knapp 30 Schulen, die seitens des Unterrichtsministeriums getroffen werden musste, begründet sich auf die von der ÖVP ins Gesetz hineinreklamierte Obergrenze von maximal zehn Prozent für jedes Bundesland. Nun beginnen die Landespolitiker_innen der ÖVP, allen voran Landesschulratspräsident Fritz Enzenhofer und Bildungslandesrätin Doris Hummer, ein „Oberösterreich-Modell“ auf den Weg zu bringen; das heißt in weiterer Folge eine noch größere Zersplitterung des Schulsystems von zwei auf nunmehr vier verschiedenen Schultypen. Klar ist, dass man aus linker Sicht allen Veränderungen hin zu einer gemeinsamen Schule für alle positiv gegenüber stehen muss. Ob die „Neue Mittelschule“ der geeignete Weg dahin ist, erscheint unter vielen Gesichtspunkten eher fraglich. Völlig unbestreitbar ist aber immer noch die Tatsache, dass nur eine gemeinsame Schule für alle – in Kombination mit anderen bildungspolitischen Reformen wie einer Ganztagschule, kleineren Klassen, individueller Betreuung und alternativer Unterrichtsmethoden – eine wirklich positive Veränderung des ganzen Schulsystems mit sich bringen kann. Nur die flächendeckende Einführung einer Gesamtschule in ganz Österreich kann die gleichen Bildungschancen für alle Kinder gewährleisten und eine sozialgerechte Schule ermöglichen.

Kommentar Stahlstadtfrauen

Johanna Dohnal - eine ganz Große

„Aus taktischen Gründen leiser zu treten, hat sich noch immer als Fehler erwiesen.“



Linzer Frauennetzwerk
Stahlstadtfrauen

Am 20. Februar verlor die (österreichische) Frauenbewegung ihre größte Symbolfigur und Vorstreiterin – Johanna Dohnal. Dohnal wurde 1939 in Wien geboren und begann schon in jungen Jahren, sich bei der SPÖ und den SPÖ Frauen zu engagieren. Sie war die erste Frauenministerin Österreichs und als Politikerin für Meilensteine in der österreichischen Frauenpolitik verantwortlich. Dazu zählt beispielsweise die Fristenregelung, die schließlich 1973 unter der Kreisky-Regierung mit SPÖ Mehrheit verabschiedet wurde und 1975 in Kraft trat, und somit erstmals Frauen in Österreich eine straffreie Abtreibung innerhalb der ersten 12 Schwangerschaftswochen ermöglichte. Außerdem wurde unter ihrer Amtszeit das Gleichbehandlungsgesetz verabschiedet, das Minderheiten in der Arbeitswelt vor Diskriminierungen schützt und eine wesentliche rechtliche Handhabe für Frauen darstellt. Auch die Diskussion um notwendige Frauenquoten in Vorständen und Gremien ließ Dohnal nicht abreißen. Kennzeichnend für Dohnal und auch maßgeblich für ihre Erfolge verantwortlich war ihr Verständnis von Frauenpolitik. Sie schaffte es wie bis jetzt keine andere Politikerin, institutionelle Frauenpolitik mit der autonomen Frauenbewegung zu vereinen und zu verbinden. Klarerweise hatte die Doyenne der österreichischen Frauenpolitik es nicht immer leicht: Der gesellschaftliche Widerstand (angefangen von FPÖ bis hin zu der katholischen Kirche), aber besonders der Widerstand in der eigenen Partei ließen sie trotzdem nicht aufgeben. Bemerkenswert ist Dohnals Akzeptanz und Bewunderung in allen möglichen verschiedenen gesellschaftlichen und politischen Kreisen, ihre politischen Kommentare lösten bis zu letzt Kontroversen und Diskussionen aus. Österreich würde Dohnals politisches Engagement (leider) nach wie vor brauchen. Auch wir denken, es ist Zeit daran zu erinnern: „Die Vision des Feminismus ist nicht eine „weibliche“ Zukunft. Es ist eine menschliche Zukunft. Ohne Rollenzwänge, ohne Macht- und Gewaltverhältnisse, ohne Männerbündelei und Weiblichkeitswahn.“

Kommentar IKS

Schwarz bleibt schwarz



Dieter Etzelstorfer
Vorsitzender der IKS

Die Katze ist aus dem Sack. Ende Jänner 2010 trat die Nachfolgerin von Wissenschaftsminister Johannes „Gio“ Hahn ihr Amt an. Neues Gesicht, alte Politik. Oder eben anders ausgedrückt: Schwarz bleibt schwarz.

Man könnte es auch zynischer formulieren: Es kommt selten etwas Besseres nach. Bereits kurz nach ihrer Angelobung bot Beatrix Karl Einblicke in ihre unipolitische Gedankenwelt. Zugangsbeschränkungen beibehalten und ausbauen, in Kombination mit der Wiedereinführung der Studiengebühren. So sieht konservative Bildungspolitik im 21. Jahrhundert aus.

Die neue Ministerin mag fachlich kompetent sein und eine „konstruktive“ Gesprächsbasis mit den Studierenden anstreben, nur: Das alles kennen wir schon. Die Kaffeerunden mit Gio Hahn fanden bekanntlich statt, der Output war gleich null. Solange die ÖVP ihren reaktionären Zugang zum Themenkomplex Universität nicht einmal ansatzweise überdenkt, wird im Wissenschaftsressort Stillstand herrschen. Und die Studierenden werden sich weiterhin mit veralteten Hörsälen und überfüllten Lehrveranstaltungen herumschlagen müssen.

Liebe Frau Karl: Setzen, nicht genügend!

Kommentar VSStÖ

Nur wer kämpft, kann was bewegen!



Hannah Stöger Müller
Vorsitzende des VSStÖ-Linz

Österreichweit wurde im Herbst 2009 an den Unis protestiert. Lehrende, Schüler_innen und Arbeitnehmer_innen solidarisierten sich und auch in Deutschland gibt es erste Proteste wie beispielsweise in Berlin und Köln. Doch was will diese Bewegung eigentlich?

Gefordert wurde von den Besetzer_innen unter anderem der freie Hochschulzugang, die Ausfinanzierung der Universitäten, die Demokratisierung der Universitäten und der Stopp der Bildungsökonomisierung. Fakt ist, dass es an unseren Universitäten sehr große Missstände gibt, die immer wieder von der Studierendenvertretung – der ÖH – beim Ministerium bemängelt wurden. Die Forderungen der ÖH wurden aber zum größten Teil ignoriert. Als Mittel bleibt der Protest. Fakt ist auch, dass unsere Universitäten chronisch unterfinanziert sind. Gerade mal 0,93 % des BIP gibt der Staat für die Universitäten aus (zum Vergleich: beim Banken-Hilfspaket gab der Staat 5,5 % des BIP als Soforthilfe aus). Die Unterfinanzierung macht sich nicht nur durch schlechte Studienbedingungen bemerkbar, sondern auch durch fehlende Studienplätze. Die Lösung der ÖVP besteht aber nicht in zusätzlichen finanziellen Mitteln für die Universitäten, sondern in der Beschränkung von Studienplätzen um den „Studierendenansturm“ bewältigen zu können. Paradoxerweise hat Österreich eine peinlich geringe Akademiker_innenquote von gerade mal 18 %. Der OECD Schnitt liegt derzeit bei 27 %. Selbst der ÖVP ist klar, dass das rohstoffarme Österreich mehr Akademiker_innen braucht, um für die Zukunft gerüstet zu sein und eine Wissensgesellschaft aufbauen zu können. Will die Bundesregierung also Studienbeschränkungen einführen (und damit junge Menschen vom Studieren abhalten), um mehr Akademiker_innen zu bekommen? Klingt unlogisch – ist es auch!

Interview im migrare-Geschäftsführer Mümtaz Karakurt

„Österreich hat keine gut durchdachte Integrationspolitik“

migrare-Geschäftsführer Mümtaz Karakurt sprach mit QUER über die österreichische Integrations- und Asylpolitik sowie über die aktuelle politische Linie der Bundesregierung in Sachen Integration, ihren Folgen sowie konkreten Alternativen.

QUER: Sie sind Geschäftsführer von migrare-Linz. Können Sie uns verraten, was wir uns darunter genau vorstellen können?

KARAKURT: migrare wurde vor 25 Jahren gegründet, um Menschen mit Migrationshintergrund in ihrem Alltag im Rechtlichen und im sozialen Bereich zu beraten. Die Unterstützung erfolgt in Deutsch und in der jeweiligen Muttersprache. Angefangen haben wir mit Türkisch und Bosnisch/Serbisch/Kroatisch. Heute können wir Migrant_innen in 14 Sprachen betreuen. Neben der Arbeitsmarkt-, Gesundheits- und Bildungsberatung bieten wir auch verschiedene Projekte und Workshops für junge Menschen an.

QUER: In den Medien hören bzw. lesen wir, dass die Ausländer_innen sich nicht anpassen wollen. Sie stehen oft in Kontakt mit Migrant_innen. Haben Sie das Gefühl, dass diese Integrationsunwillig sind?

KARAKURT: Erstens ist es wichtig festzustellen, dass man nicht alle Migrant_innen in einem Topf werfen kann. Genauso wenig wie alle Österreicher_innen. Wir haben es hier mit Menschen aus unterschiedliche Ländern, Ethnien, Religionen, die absolute Vielfalt nachweisen, zu tun. Natürlich gibt es darunter Menschen, die nicht für Bildung oder Integration zu begeistern sind. Aber andererseits gibt es sehr viele, die sich aktiv am Geschehen beteiligen. Gerade diese objektivierten Ausdrücke reduzieren Menschen mit Migrationshintergrund lediglich auf ihre Probleme.

QUER: Was halten Sie von der aktuellen Integrationspolitik in Österreich? Was ist bis jetzt schief gelaufen oder was kann verbessert werden?

KARAKURT: Generell kann ich sagen, dass Österreich keine gut durchdachte Integrationspolitik hat. Die verantwortlichen Politiker_innen verkaufen zur Zeit Sicherheitspolitik – gesetzliche Verschärfungen – als Integrationspolitik. Genau das verlangsamt den Integrationsprozess. Ich kann nicht von Integration reden und pauschal diese Menschen als Kriminelle bezeichnen und ihnen Barrieren in den Weg stellen. Integration ist kein Hürdenlauf, sondern ein Prozess. Was gerade in der Integrationspolitik schief läuft ist, dass man Dinge pauschalisiert betrachtet und nicht unterscheidet.

Natürlich ist es wichtig, dass man in der Gesellschaft und in der Politik darüber diskutiert, wie man mit Sicherheitsbedürfnissen der Bevölkerung umgeht. Aber es ist auch wichtig, über eine ordentliche, menschen-

würdige Asylpolitik zu diskutieren und sich gleichzeitig staatliche und rechtliche Maßnahmen für Migration zu überlegen. Was aber fehlt, sind konkrete Überlegungen für Personen, die seit Jahren bzw. Generationen hier leben und/oder hier geboren sind. Da mangelt es an zuständigen Behörden. Wir haben kein spezielles Ministerium für Integration. Da darf neben der Innenministerin nicht der Verteidigungsminister zuständig sein.

QUER: Also sind Sie für eine_n Integrationsminister_in?

KARAKURT: Knapp 20 Prozent der Bevölkerung hat einen Migrationshintergrund. Das darf man nicht außer Acht lassen. Es ist eine Größe, die wichtig für Österreichs Zukunft ist und zuständige Personen wären für die Zukunft dieser Personen wichtig.

QUER: Warum hat die FPÖ bei den letzten Wahlen so zugelegen können?

Karakurt: Nicht nur die Freiheitlichen in Österreich, sondern überall konnten jene Parteien, die Ängste schüren, zulegen. Die FPÖ liefert keine Lösungen, sondern Probleme. Sie stellen manche Bevölkerungsgruppen als Sündenböcke dar, in der Hoffnung, dafür bei der nächsten Wahlen belohnt zu werden.

Aber gerade die Freiheitlichen handeln als einzige Partei in Österreich ideologisch. Wir haben es hier mit einer Partei zu tun, die ideologisch rechts-außen steht. Von einer Partei, die rassistisch und faschistisch ist, erwarte ich nichts anderes – im Gegensatz zu den anderen Parteien, die Nächstenliebe, Solidarität oder Familie propagieren.

QUER: Die Schweizer haben sich mit knapp 60 % für ein Bauverbot für Minarette entschieden. Wie würde das Ergebnis in Österreich aussehen?

KARAKURT: Es macht mir Angst, wenn ich mir ansehe, mit welche Ängsten der Bevölkerung hier die Schweizer Volkspartei gearbeitet hat. Aber wenn man sich die Geschichte ansieht, hat Österreich schon Erfahrungen zu diesem Thema gemacht. Wir waren auch lange Zeit gegen evangelische Gotteshäuser. Das sorgt für Polarisierung in der Gesellschaft. Wir müssen wieder unterscheiden zwischen den Extremisten – egal welcher Religion – und den „normalen“ Gläubigen. Wenn man als Gläubige_r ihre_seine Religion ausüben will, sollte man die Möglichkeit bekommen, das auch zu tun.



Zur Person

Mümtaz Karakurt (47) wurde in der Türkei geboren und lebt seit 1980 in Österreich. Der Geschäftsführer von „migrare – Zentrum für MigrantInnen OÖ“ absolvierte zahlreiche Ausbildungen, u.a. in psychodramaturgischer Linguistik (PDL) oder Sozialmanagement und ist auch Erwachsenenbildner sowie Bildungsberater.

migrare

Der Verein existiert seit 1985 und unterstützt Menschen mit Migrationshintergrund bei Verständigungs-, Orientierungs- und Eingliederungsschwierigkeiten in der jeweiligen Muttersprache bzw. in Deutsch. Die Beratungsleistungen sind unentgeltlich mit dem Ziel die ein respektvolles Miteinander zu fördern und somit einen Integrationsprozess zu unterstützen. Er hat Standorte in Linz und Wels.

www.migrare.at bzw. www.migration.at
>> E-Mail: office@migration.at

QUER: Nimmt Österreich immer noch nicht wahr, dass es ein Einwanderungsland ist?

KARAKURT: Manche Politiker_innen nehmen es immer noch nicht wahr, was ich auch teilweise verstehe und nachvollziehen kann. Denn wenn man zugibt, dass man ein Einwanderungsland ist, dann müsste man dieses Land auch wie eins gestalten. Solange ich die Au-

gen nicht aufmache und es erkenne, bin ich automatisch befreit und habe keine Verpflichtungen. Aber man muss nur die offizielle Statistiken anschauen, um zu erkennen, dass Österreich ein Einwanderungsland war und immer noch ist. Wichtig ist, dass man Tatsachen erkennt und dementsprechend gestaltet. Nur so kommen wir aus dieser politischen Situation heraus.

Gift gegen unmenschliche Fremdenpolitik

GegenGift infiziert Linzer Schule

Seit 10. Dezember 2009 gibt es an der HBLW Landwiedstraße die SchülerInnenzeitung GegenGift. Fünf Jugendliche hatten selbst Initiative ergriffen und innerhalb weniger Tage eine Zeitung auf die Beine gestellt.



Ausschlaggebend war eine Mitschülerin: Arigona Zogaj. Mitte November 2009 wurde bekannt, dass sie nun doch in das Kosovo abgeschoben werden sollte. Die dazu ergehende Entscheidung des Bundesasylamtes erfuhr die junge Frau „exklusiv“ aus der Kronen-Zeitung, noch bevor ihr der dazu ergehende negative Asylbescheid zugestellt wurde. Ein klarer Fall von Amtsmissbrauch seitens des Innenministeriums, wo vermutlich ein Beamter diese Exklusiv-Info vorab der „Krone“ zukommen ließ. Verfolgt wird das Ganze seitens der Staatsanwaltschaft natürlich nicht, was auch nicht weiter verwundert. Werden doch hierzulande auch Landeshauptmänner, die rechtswidrig Ortstafeln verrücken, freigesprochen, weil ihnen die juristische Tragweite ihres Handelns nicht bewusst gewesen war.

In der HBLW wurde der Ausweisungsbescheid zu einem zentralen Thema, sowohl in Unterrichtseinheiten als auch in den Pausen. Zu oft waren Aussagen wie: „Endlich wird sie

abgeschoben!“ oder „Gott sei Dank wird sie zurückgeschickt, ich will meine Ruhe haben!“ zu hören. Eine kleine Gruppe von Schülerinnen fand sich jedoch zusammen, um dem entgegenzuwirken. Die Mädchen beschlossen, sich morgens um halb sieben in ihrer Schule zu treffen und dagegen ein klares Zeichen zu setzen und ihre MitschülerInnen zum Nachdenken anzuregen. Sie zitierten aus der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und schrieben dessen Artikel 1 auf jede Tafel in allen Klassen der gesamten Schule: „Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren.“ An den Türen zu den Klassenzimmern wurden Plakate mit demselben Zitat angebracht. Der Aufruhr war groß, als die Schüler_innen und Lehrer_innen morgens die HBLW betraten. Niemand wusste, wer hinter dieser Aktion stand und was sie genau zu bedeuten hatte. Doch gegen die Aussage konnte wohl niemand etwas sagen. Mittlerweile hatten die engagierten Initiatoren dieser Aktion auch ihre Mitschül-

erin Arigona selbst eingeweiht. Diese war erstaunt über den Einsatz ihrer Schulkolleginnen und freute sich riesig. Drei weitere Male wurden Artikel der Menschenrechte plakatiert und nebenbei entstand die Idee einer Zeitung. Der 10. Dezember, der Internationale Tag der Menschenrechte, schien das perfekte Erscheinungsdatum der Einser-Nummer zu sein. Die Artikel waren rasch fertig und sogar die Kabarettisten der Künstlergruppe „maschek“ konnten für ein spannendes Exklusiv-Interview gewonnen werden. So standen am 10. Dezember 2009 die Schüler_innen vor der HBLW Landwiedstraße und verabreichten GegenGift an alle. Vor allem wurde darauf geachtet, dass die meisten Lehrer_innen ihre Dosis abbekamen.

Das Echo war enorm. Zum Interview des Wochenmagazins „profil“ mit Arigona Zogaj wurde dann auch die Redaktion von GegenGift eingeladen. Im Hauptartikel der profil-Ausgabe Nr. 1/2010 über den Menschen des

Jahres berichtete die Journalistin Edith Meinhart dann auch über dieses Projekt. Mit dem Slogan „GegenGift – die Unzeitung – unabhängig, unformatiert, unregelmäßig“ wird nun versucht, eine Schüler_innen-Zeitung zu etablieren und zunächst zu einem fixen Bestandteil der HBLW Landwiedstraße zu machen. Redakteur_innen werden auch weiterhin gesucht und Ausgabe 2 erschien bereits Ende Jänner 2010. Mit ihr soll sodann die eine oder andere neue Schule „vergegengiftet“ werden und in weiterer Folge ein kleines Netzwerk kritischer Schüler_innen für eine humane Fremdenpolitik entstehen.

Der große Erfolg zu Beginn sowie das gewaltige Echo an positiven Reaktionen scheint den engagierten Schülerinnen Recht zu geben. Die parallel zu diesem Projekt gegründete Facebook-Gruppe „GegenGift“ hält mittlerweile fast 400 Mitglieder – Tendenz stark steigend. GegenGift, so scheint es, brachte eine kleine Lawine ins Rollen.

Bettina Mühleder

Interview mit Bettina Mühleder

„Ich wollte einfach nicht tatenlos zusehen!“

QUER: Was waren eure Beweggründe, eine derartige Schüler_innenzeitung ins Leben zu rufen?

BETTINA: Der Grund, unseren Kampf gegen die Abschiebung unserer Schulkollegin Arigona Zogaj so weit auszudehnen, war die Aussage einer Professorin unserer Schule. Ich habe im Unterricht gefragt, wie denn die Schule nun Arigona unterstützen werde. Meine Professorin konterte mit einer Befürwortung der Abschiebung und einem Lob für ÖVP-Innenministerin Maria Fekter. Da war für mich klar, dass eine Gegenaktion gestartet werden muss. Ich wollte einfach nicht tatenlos zusehen, wie eine solche Professorin meine Schulkolleg_innen negativ beeinflusst!

QUER: Wie reagierten deine Mitschüler_innen bzw. Lehrer_innen auf „GegenGift“?

BETTINA: Die meisten waren ziemlich beeindruckt, weil wir innerhalb von etwas mehr als einer Woche das Ganze auf die Beine gestellt hatten. Oft wurde mir die Frage gestellt,

woher ich denn die Zeit nehme, schließlich befinde ich mich ja im Maturajahr. Manche Lehrer_innen waren erstaunt, was ihre Schülerinnen zusammenbringen. Im Unterricht war ein Projekt Schüler_innen-Zeitung immer wieder gescheitert.

QUER: Gab es auch Unterstützung außerhalb eurer Schule?

BETTINA: Ja. Unterstützung bekamen wir von Christian Schörkhuber von der Volkshilfe Oberösterreich, uns freundlich gesonnenen Professor_innen, die uns zum Beispiel beim Korrekturlesen der Zeitungsartikel halfen, und die SJ-Linz gab uns die Möglichkeit, „GegenGift“ zu drucken.

QUER: Wie war das Feedback in- und außerhalb deiner Schule auf die Zeitung?

BETTINA: Das Feedback war sehr gut. Ich glaube, wir haben der noch vor einem Monat sehr resignativen bis negativen Stimmung in der Schule entgegengewirkt.

QUER: Euer Projekt wird ja unter anderem in der profil-Coverstory zu Arigona Zogaj (Ausgabe Nr. 1/2010) erwähnt. Hat dich das positive Echo darauf überrascht?

BETTINA: Nach dem profil-Artikel bekam „GegenGift“ erst richtig Bedeutung. Leute aus ganz Österreich schrieben auf unsere Facebook-Seite und bestärkten uns in unserer Sache. Natürlich war ich überrascht und bin sehr froh darüber.

QUER: Wie geht's weiter mit eurer Zeitung?

BETTINA: Soeben ist unsere zweite Ausgabe erschienen (Ende Jänner, Anm. d. Red.). Und es wird weiter gehen. Mit „GegenGift“ ist es noch lange nicht zu Ende!

Das Interview führte Stefan Etzelstorfer



Zur Person

Bettina Mühleder (18) besucht die fünfte Klasse der HBLW Landwiedstraße in Linz. Gemeinsam mit vier anderen Schülerinnen initiierte sie aufgrund der drohenden Abschiebung ihrer Mitschülerin Arigona Zogaj die Zeitung „GegenGift“.

Die Krise ist weiblich

Seit nunmehr einem Jahr beschäftigt sie die Welt: die Wirtschafts- und Finanzkrise. Es wurde viel über Banken, Spekulationen und Aktienkurse diskutiert, und dennoch wurde wie so oft die Hälfte der Menschen vergessen.

Dass Frauen unter der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise mehr zu leiden haben als Männer ist vielen nicht klar, aber leider ein trauriges Faktum. Aufgrund der aktuellen Krisenentwicklung und der Arbeitsmarktsituation in der sich viele Frauen befinden (Halbtagsarbeit, etc.) sind Frauen oft die ersten die bei einer vermeintlich schlechten Unternehmensentwicklung entlassen werden – und meist die letzten die wieder einen Job finden. Die staatlichen Maßnahmen zur Krisenbekämpfung sind allzu oft männlich. So werden am Arbeitsmarkt vor allem „Männerdomänen“ wie die Baubranche gestützt. Der Staat verspricht sich von diesen Branchen ein rasches gut sichtbares und relativ einfach zu erreichendes Wirtschaftswachstum – und vergisst dabei auf frauenpolitische Maßnahmen.

Das weibliche Geschlecht ist viel öfter von Armut betroffen als Männer es sind. So lebt in Österreich etwa jede siebte Frau an der Armutsgrenze und 6 % darunter – und damit in akuter Armut. Dass die Krise viele von ihnen in diese Situation getrieben hat, wird oft unter den Tisch gekehrt. Seit die Wirtschaftskrise im Herbst 2008 mit der Bankrott Erklärung der Lehman-Brothers endgültig auch in Europa schlagend wurde, hat sich die Wahrscheinlichkeit, dass eine alleinerziehende Mutter in die Armut abtrifft beinahe verdoppelt. Gehen diese Frauen nur halbtags einer Arbeit nach, liegt der Wert noch einmal höher.

Doppelbelastung und Unterbezahlung

Viele Frauen in Österreich leiden unter einer extremen Doppelbelastung. Gerade Alleinerziehende müssen arbeiten, sollen aber nebenbei noch den Haushalt führen und Kinder erziehen. Die Folge: viele Frauen können nur Teilzeitjobs annehmen, die meist schlecht bezahlt sind, weil sie in wenigen, typischen „Frauenberufen“ wie beispielsweise dem Einzelhandel zu finden sind. Zudem sind gerade diese Jobs in der Krise oft weniger worden, was dazu geführt hatte, dass viele ihren Arbeitsplatz verloren haben und nun quasi (fast) ohne Existenzgrundlage dastehen. Ein weiterer Punkt, warum Frauen in der Krise schlechter dastehen als Männer ist, dass Frauen grundsätzlich bereits rund ein Drittel weniger verdienen als ihre männlichen Kollegen. Das bedeutet: Frauen, die 40 Stunden in der Woche arbeiten, bekommen nur den Lohn, den Männer schon in 27,28 Stunden verdient haben.

Kapitalismus und die „gute, alte Familie“

Dass Frauen trotz der Emanzipation seit den 1960er Jahren immer noch deutlich weniger verdienen hat auch damit zu tun, dass die westlichen Staaten auf einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung basieren. Zudem beruht das heutige Familienrecht immer noch auf der Annahme der so genannten „kleinbürgerlichen Familie“ (Vater – Mutter – Kind). Das heißt, der Mann soll arbeiten und die Frau soll sich schon brav um den Haushalt kümmern, vielleicht noch etwas für das Haushaltseinkommen „dazuverdienen“. Dass die Realität mittlerweile anders aussieht (rund 50 % der Ehen werden wieder geschieden), hat noch nichts daran geändert. Auch wenn vor dem Gesetz theoretisch jeder Mensch gleich sein ist (Artikel 7 Bundes-Verfassungsgesetz), macht der österreichische Sozialstaat faktisch seine Leistungen (auch) von Erwerbstätigkeit und einer aufrechten Ehe abhängig.

Der Wohlfahrtsstaat ist also selbst immer noch patriarchal organisiert und trotz aller Verbesserungen, die er Frauen gebracht hat, lässt sich fragen, ob durch ihn letztendlich nicht bloß eine Form der strukturellen Diskriminierung (die „Verbannung“ von Frauen in die privaten Familienstrukturen) humaner gestaltet wurde, die ohne ihn gar nicht erst möglich gewesen wäre. Nicht nur, dass der Sozialstaat die bürgerliche Kleinfamilie nicht in Frage stellt, sondern er stützt und fördert sie immer noch in hohem Maße.

Frauen als Verliererinnen der Privatisierung

Es zeigt sich auch, dass Frauen tendenziell eher die Verliererinnen von (Teil-)Privatisierungen ehemals (sozial-)staatlich organisierter Bereiche, wie zum Beispiel dem Gesundheitssystem, sind. Erstens sind überdurchschnittlich viele Frauen im öffentlichen Sektor beschäftigt, in dem die Lohnschere zwischen Männern und Frauen deutlich geringer ist als in der Privatwirtschaft. Zweitens gehen Privatisierungen vor allem zulasten ärmerer Bevölkerungsschichten, die in einem solidarisch organisierten System auch bei keinen oder geringen Beitragszahlungen eine soziale Absicherung erhalten und sich private Anbieter_innen oft nicht leisten könnten. Zu den Armen zählen, wie schon gesagt, überdurchschnittlich viele Frauen. Und drittens werden durch Liberalisierung-



Oh, that explains the difference in our salaries!

gen sozialstaatliche Leistungen auch zurück in die Familie übertragen, weil sich nicht alle die Versorgung durch Private leisten können.

Mehr Staat – weniger privat

Dass Frauen – und somit die Hälfte der Bevölkerung – benachteiligt sind, liegt klar auf der Hand. Doch was dagegen tun? Wichtig wäre es, die Privatisierung der sozialstaatlich organisierten Bereiche zu stoppen oder rückgängig zu machen. Denn dass beispielsweise ein privates Gesundheitssystem nicht funktioniert, zeigt ein Blick auf die Vereinigten Staaten, wo jetzt nach jahrzehntelanger Diskussion durch die vor Weihnachten 2009 verabschiedete Gesundheitsreform zumin-

dest in naher Zukunft die Zahl der Nicht-Versicherten (bisher: rund 45 Millionen Personen!) deutlich reduziert wird. Frauen müssen sich zudem noch mehr bewusst sein, dass sie in puncto Bezahlung immer noch stark benachteiligt sind.

Nur gemeinsam kann für gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit gekämpft werden. Die Politik ist aufgefordert die weibliche Seite der Wirtschaftskrise endlich zu erkennen und ökonomisch sinnvolle Maßnahmen zur Bekämpfung von Frauenarmut zu setzen. Forderungen wie die Erhöhung der Mehrwertsteuer, eine Maßnahme die sozial untreffsicherer nicht sein könnte, zeigen, dass dies allerdings noch ein langer Weg ist.

Ab dem 09. Oktober arbeiten Frauen gratis!

Frauen verdienen durchschnittlich um 26,2 Prozent weniger als Männer, daraus berechnete sich im letzten Tag der 27. September als Stichtag ab dem Frauen für den Rest des Jahres im Verhältnis zu Männern „gratis“ gearbeitet haben. Zur Information der Gesellschaft über diese Missstände wird jedes Jahr der „Equal Pay Day“ begangen.

Und zwar werden in der Statistik die Einkommen von ganzjährig vollbeschäftigten Arbeitnehmerinnen mit denen ihrer männlichen Arbeitskollegen verglichen. Das Argument, dass Frauen weniger verdienen weil sie Teilzeit arbeiten, zählt hier also nicht. Verdient eine Frau durchschnittlich 1300 Euro pro Monat, erhält ein Mann 1761 Euro, 14 mal ausbezahlt, beträgt das jährliche Minus damit 6454 Euro. Österreich liegt damit im EU-Vergleich an vorletzter Stelle. Laut neueren Berechnungen für das Jahr 2010 wird der Equal Pay Day dieses Jahr auf den 09. Oktober fallen.

Der Mann fürs Grobe

Detlef W. war am Ziel seiner Träume. Endlich konnte er seine jugendlichen Phantasien auch in die Realität umsetzen. Ja, dass es wirklich so schnell gehen würde, hätte er sich in seinen kühnsten Vorstellungen nicht gedacht. Stadtscherriff Detlef W. – ein schöner Amtstitel, wie er meinte. Voller Vorfreude malte er sich bereits aus, welche denn seine erste Amtshandlung sein könnte. Sich der Taubenplage am gleichnamigen Markt in der Innenstadt annehmen, zum Beispiel.

Er wusste da ein probates Hausmittel, um dem überbordenden Federvieh Herr zu werden. Oder auch den Möchtegern-Musikanten auf der Linzer Landstraße den Garaus zu machen. Vor allem jenen, die wirklich glaubten, Musik sei eine Form der Kunst – in Wirklichkeit aber nur hinter den Brieftaschen und dem hart verdienten Geld der fleißigen und tüchtigen Linzerinnen und Linzern her waren. Nicht mit ihm! Bald würde dieser Spuk der Vergangenheit angehören und in der Linzer Einkaufsmeile wieder idyllische Ruhe einkehren...

Obwohl – eine Sache gab es da noch, die einem wirklich sauer aufstoßen konnte: Die scheinbar

unaufhaltsam steigende Zahl an Gaststätten, die einfach nicht zu unserer abendländischen Kultur passten. Diese stellten ihn jedes Mal in seiner zweistündigen Mittagspause, die er sich als hart arbeitender Stadtrat jeden Tag redlich verdiente, vor die Qual der (Aus-)Wahl und trieb seinen Chauffeur, der ihn tagtäglich von seiner Arbeitsstätte im Rathaus in die kilometerweit entfernte Linzer Landstraße kutscherte, oft bis zur Weißglut.

Er hatte auch bereits einen passenden neuen Slogan für seine nächste Pressemitteilung im Kopf: Kebabstand in Christenhand! Ha, was für ein treffender Titel, der ihm da wieder wie aus dem Nichts eingefallen war. Ja, er musste sich erneut loben: „Detlef, du machst deine Sache wirklich gut!“ Oder glaubt jemand vielleicht ernsthaft, Kebab oder Sushi gehen wirklich als Essen durch? Vielleicht irgendwo im Nirgendwo, sicher nicht jedoch in einer hoch entwickelten Kultur, wie es die deutsch-österreichische nun einmal war. Wobei er schon mehrmals der Versuchung fast erlegen war und sich einmal sogar heimlich auf einer Magistratstoilette versündigt hatte, was ihn danach veranlasste zu einer Wallfahrt nach Wallhalla zu pilgern...



„Herr Stadtrat, Herr Stadtrat, aufwachen!“ ... Für einen Sekundenbruchteil wusste er nicht, wie ihm geschah. Er öffnete die Augen und blinzelte in das grelle Licht einer Neonlampe über seinem Schreibtisch. Vor ihm stand Frau Gudrun, seine blonde Sekretärin, in deren blauen Augen er starrete. „Herr Stadtrat, ich wollte ihnen nur sagen, die Lieferung ist gerade ein-

getroffen!“, rief Frau Gudrun. „Lieferung?“ fragte der verdutzte und sichtlich noch nicht am Boden der Realität angekommene Politiker. „Ja, die kleinen Plastikkübel und die Schaufel für ihre Ordnungshüter, damit sie die herumliegenden Hundstrümmerl im Stadtgebiet einsammeln können...“ Und mit einem Mal wurde ihm bewusst: Es ist alles nur geträumt...

Stefan Etzelstorfer



Linz hat ein soziales Angebot für alle

„Ob Vollversorgung im Kinderbetreuungsbereich mit dem kostenlosen Mittagessen im Kindergarten, die Unterstützung für Einkommensschwache oder moderne Seniorenpflegeplätze mit bester Betreuung – Linz bietet allen Menschen soziale und leistbare Angebote“

Franz Dobusch



Bürgermeister Franz Dobusch

LINZ verändert



www.arbeiterkammer.com

KEIN PROBLEM BEIM ERSTEN JOB!

Start up mit der AK



— Alle Infos zum Berufseinstieg
Entlohnung, Arbeitszeit, Lehrvertrag, Berufsschule ...

— Keine Troubles mit dem Chef
Der AK-Rechtsschutz garantiert's!

„Momentum10: Solidarität“

Ein Kongress zur Verbindung von Wissenschaft und Politik

Zum dritten Mal findet heuer vom 21. - 24. Oktober 2010 der Kongress „Momentum“ statt. Nach Gerechtigkeit und Freiheit bildet dieses Jahr Solidarität den Oberbegriff, zu dem im Weltkulturerbeort Hallstatt nachgedacht und diskutiert wird. Ziel des jährlichen Kongresses ist, Wissenschaft und Politik miteinander zu verbinden. Wie auch Momentum im Englischen als Bezeichnung für „Impuls“ oder „Schwung“ steht, versteht sich der Kongress als „Impuls“ für Konzepte die dem sozialen Fortschritt dienen.

Mission Statement

Neoliberale Denkmuster bestimmen in Politik und Wissenschaft seit Jahren die Debatte. Auch nach der Finanzkrise und dem fundamentalen Scheitern des Neoliberalismus, scheint alles beim Alten zu bleiben. Woran liegt das? Zu einem Gutteil besteht das Geheimnis des marktradikalen Erfolgs nicht in der Tauglichkeit der angebotenen Konzepte, sondern in der scheinbaren Ratlosigkeit und Schwäche ihrer GegnerInnen. Um dem entgegenzuwirken und einen aktiven Beitrag zur Entwicklung progressiver Alternativkonzepte zur herrschenden Praxis zu leisten, wurde im Herbst 2007 die

Idee von „Momentum“ geboren. Mittlerweile findet Momentum zum dritten Mal statt und versammelt über 200 Interessierte aus Politik, Gewerkschaften, Wissenschaft und Wirtschaft zur kritischen und offenen Auseinandersetzung. Als wissenschaftlicher Leiter des Kongresses fungiert Volkshilfe-Präsident Univ.-Prof. Josef Weidenholzer, politische Leiterin des Kongresses ist die ehemalige ÖH-Vorsitzende Barbara Blaha.

Solidarität und Gesellschaft

In den insgesamt neun Tracks bei Momentum10 wird die Frage nach den Voraussetzungen für eine solidarische Gesellschaft gestellt. Netzwerk I „Solidarische Wirtschaftspolitik“ beschäftigt sich damit, wie eine gerechte Verteilung lokal und global erreicht werden kann, Netzwerk II „Wie Solidarität organisieren“ setzt sich mit demokratischen Organisationsformen in Wirtschaft, Politik und Zivilgesellschaft auseinander und Netzwerk III „Solidarität und Gesellschaft“ behandelt schließlich die Frage, was Solidarität ist und wie sich Solidarität in der Gesellschaft darstellt. Geleitet und moderiert werden die Tracks von WissenschaftlerInnen aus dem deutschsprachigen Raum. Unter den

diesjährigen TrackleiterInnen finden sich unter anderem Markus Marterbauer (Wifo), Helene Schuberth (ÖNB), Alex Demirovic (Sozialwissenschaftler, Berlin), Ulrich Brand (Politikwissenschaftler Wien), Gudrun Biffl (Wifo), Renate Schnee (Bassena, Wien) uvm. Ein spannendes Rahmenprogramm – bestehend aus Podiumsdiskussion, Lesung und Jazz-Musik - sorgen für abwechslungsreiche Kongressabende.

Mitdiskutieren?

Die Einladung richtet sich an alle Interessierten aus Theorie und Praxis – an Studierende und junge WissenschaftlerInnen ebenso wie an politisch Aktive, SozialarbeiterInnen oder interessierte Öffentlichkeit. Das Prinzip der Veranstaltung: „Im Vordergrund steht das beste Argument, nicht Titel oder wissenschaftlicher Background. Gehört wird, wer etwas zu sagen hat.“ Einzige Voraussetzung ist die Einreichung eines kurzen Abstracts – ca. zwei Seiten – bei der Anmeldung sowie eines ausformulierten Beitrages ca. einen Monat vor der Veranstaltung. Wie ein Paper aussehen kann, ist im Archiv auf der Kongress-Homepage unter www.momentum-kongress.org nachzulesen, wo Abstracts und fertige Beiträge als Download vom



vergangenen „Momentum8: Gerechtigkeit“ und „Momentum9: Freiheit“ verfügbar sind. Anmeldungen für die einzelnen Tracks sind mit schriftlichem Abstract bis 30. April 2010 an anmeldung@momentum-kongress.org zu richten.

Link: www.momentum-kongress.org

Rücksender

Materialien zum Bestellen:



Rücksender:

Ich will gratis:

- ein Quer - Abo
- "Grenzen aufbrechen" - Materialien
- Materialien zur Überwachungsinitiative
- "Die fetten Jahre sind vorbei" - Materialien
- "Die Freiheit, die sie meinen" - Materialien
- Open Source-T-Shirt (10 Euro)
- "Gib Vorurteilen ein Zuhause" - Materialien
- "Ich denke, also bin ich keinE RassistIn" - Aufkleber
- "Wir Wilden haben auch unsere Kultur" - Plakat
- Act!-Broschüre
- Schwarz-Grün-Satire-Pickerl
- Folder "Wer wir sind, was wir wollen"
- SJ-Linz - Grundsatzprogramm

Ich möchte:

- Informationen zur Kampagne "Grenzen aufbrechen"
- über eure Aktionen am Laufenden gehalten werden!
- bei euch Mitglied werden!
- Weltfrieden!

Impressum:

Herausgeberin, Medieninhaberin, Verlegerin: Sozialistische Jugend Linz; Redaktion: Moritz Ablinger, Vanessa Gaigg, Arda Yilmaz, Klaus Baumgartner, Stefan Etselstorfer, Sandra Hochmayr, Dieter Etselstorfer, Hannah Stöger Müller, Hannes Halak, Michael Pötscher; Layout: Isabella Mühlgrabner; Bilder: Archiv, pixelkinder.com; Redaktionsadresse: Kaisergasse 14a, 4020 Linz; office@sj-linz.at

www.sj-linz.at
quer@sj-linz.at

www.sj-linz.at

Alle reden vom Wetter. Wir nicht.



Antonio Gramsci
(ital. Schriftsteller und Philosoph, 1891-1937)



Judith Butler
(US-Philosophin und Feministin)



Rosa Luxemburg
(dt. Politikerin, 1871-1919)



Rudi Dutschke
(dt. Studierendenführer, 1940-79)

Die Politische Werkstatt 2010

26. - 29. März 2010 in Eisenerz (Stmk.)

Rücksender:

vorname, nachname

straße, nr.

plz, ort

tel.nr.

geb.dat.

e-mail

schule/uni/betrieb

Porto zahlt
Empfängerin

An die
Sozialistische Jugend Linz
Kaisergasse 14a
4020 Linz